

---

## Wolfgang Fach

### Anti-Politik. Anzeige und Gegenanzeige

Daß „die Politik“ verschwinde, ist ein Verdacht, der vereinzelt in akademischen Kreisen die Runde macht,<sup>1</sup> noch häufiger aber unters Volk gestreut wird. So auch dieser Tage wieder: „Warum machen die Politiker keine Politik, Herr Professor Miegel?“<sup>2</sup>, ist jüngst ein einschlägig ausgewiesener Experte gefragt worden. Seine Antworten wiederholen gängige Klagelieder und Schuldzuweisungen, manche ans breite Publikum gerichtet, andere den Politikern ins Stammbuch geschrieben.<sup>2</sup>

- Der kleine Mann, so heißt es, sei (fehl-)geleitet durch die Mächte
- der *Trägheit*: „Die meisten Menschen handeln erst, wenn ihnen die Probleme auf den Nägeln brennen. Das ist noch nicht der Fall. Der großen Mehrheit in diesem Lande geht es gut... Die Gesellschaft ist mehrheitlich satt, sehr satt sogar.“
  - der *Blindheit*: „Da die Bevölkerung komplizierte Sachverhalte nicht durchschaut, werden Wahlen nicht selten von Zufälligkeiten entschieden, von einem banalen Tagesereignis oder einem gelungenen Fernsehauftritt. Mit Politik ... hat das alles nichts zu tun.“
  - der *Gewohnheit*: Die Leute können sich „an einen allmählichen Niedergang gewöhnen. Schleichende Verarmung erzeugt, vor allem wenn sie alle gleichmäßig trifft, kaum Widerstand ... Manchmal ist erstaunlich, womit sich Menschen abfinden.“
- Mit den Massen-Defekten gehen, so heißt es, Führungs-Schwächen eine so feste wie unglückliche Bindung ein. Das verantwortliche Personal leide
- an *Feigheit*: „Nicht selten fehlt ihnen der Mut, Ihren Erkenntnissen zu folgen. Denn wer sich für Neues einsetzt, und sei es auch noch so richtig, gerät unweigerlich unter Druck ... Die Politik geht konsequent den Weg des geringsten Widerstandes.“
  - an *Laschheit*: „Viele werden ihrer Aufgabe aber nicht gerecht... ihnen mangelt es oft an Vorstellungskraft, Entwicklungen vorherzusagen. Erkennen sie Trends, scheuen sie die Mühen, Mehrheiten für die notwendigen Veränderungen zu gewinnen.“
  - an *Schwachheit*: „Nach dem Preis des [faulen] Friedens darf nicht gefragt werden. Menschen, die vorausschauend handeln und gestalten, bildeten früher – im besten Wortsinn – ‘Eliten’. Sie waren immer rar. Jetzt aber scheinen sie ganz rar zu sein.“

---

1 Vgl. etwa A. Giddens, *Jenseits von Links und Rechts*, Frankfurt a. M. 1997.

2 Interview mit M. Miegel, in: *Frankfurter Allgemeine Magazin*, 2.5.1997.

Am Ende findet eben, so wie die Dinge liegen, keine Politik mehr statt – zumindest dann nicht, wenn Politik mehr heißen soll als das alltägliche Durchwursteln ohne Sinn und Verstand. Wer Einsicht, Weitblick, Entscheidungskraft, Führungswillen, Durchsetzungsfähigkeit erwartet, wird sogar doppelt enttäuscht: weil, alles in allem, solche Qualitäten *weder angeboten noch erwartet* werden. Aber warum nicht? Was hat uns in den maladen Zustand hineingeführt, wie mag es gekommen sein, daß wir die Seuche der Dekadenz eingefangen haben?

Die Krankheit zum (politischen) Tode kann nicht verstanden werden, solange das Bild der *richtigen* Politik rein formal bleibt: „Mut“, „Aufklärung“, „Zukunftsgestaltung“ (Miegel) etc. pp. Um Anzeige und Gegenanzeige zu verstehen, sind inhaltliche Bestimmungen notwendig: Mut wozu? Aufklärung über was? Gestaltung welcher Zukunft? Das Lamento über den Status quo bliebe unverständlich, stünde dahinter nicht eine Vorstellung von *materialer Differenz*, einem deutlich Anderen: „*Sind die Politiker austauschbar geworden?* Nicht alle, aber viele. Das läßt sich sogar empirisch belegen. Bürger geraten in große Verlegenheit, wenn sie Schlüsselbegriffe von Politikern und Parteien diesen zuordnen sollen. Vertritt nun das die CDU oder die SPD, Kohl oder Scharping? Sie wissen es nicht... Hier zeigt sich, daß in Deutschland seit Ende der sechziger Jahre stets nach der gleichen Musik getanzt wird, einer sozialdemokratischen – einmal links- und einmal rechts herum. *Und die Sozialpolitik gibt den Ton an?* In der Tat. Der Sozialpolitik sind alle anderen Politikbereiche faktisch untergeordnet.“

Im Umkehrschluß folgt daraus: daß die *Hegemonie des Sozialen* gebrochen werden soll, das macht den revidierten „Begriff des Politischen“ aus. Von der Dramatik dieses Einschnitts vermittelt sein Prophet eine ungefähre Vorstellung: „Der Sozialpolitik sind alle anderen Bereiche faktisch untergeordnet. Entsprechend wächst und wuchert sie... Das schlägt sich im Staatsanteil nieder. Noch problematischer ist jedoch die Entwöhnung der Bürger von Verantwortung. Weite Teile der Bevölkerung verlassen sich darauf, daß der Staat für Arbeitsplätze, Alterssicherung, Wohnraum und vieles mehr sorgt. Der tut es auch.“ (So Miegel in dem zitierten Interview).

Die fatale Korrespondenz von (fehlender) Nachfrage nach und (ausbleibendem) Angebot von „richtiger“ Politik findet also ihre Entsprechung im geheimen Einverständnis darüber, daß die „falsche“, nämlich soziale Politik zum Nutzen aller stattfindet. In anderen Worten: „Massenloyalität“ wird gegen „wohlfahrtsstaatliche Leistungen“ getauscht.<sup>3</sup> Dieser Gesellschaftsvertrag sei, so heißt es, hierzulande vor rund dreißig Jahren geschlossen worden: An der heutigen Hegemonie des Sozialen zeige sich, „daß in Deutschland seit Ende der sechziger Jahre stets nach der gleichen Musik getanzt wird, einer sozialdemokratischen – ein-

---

3 J. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt a. M. 1973.

mal links- und einmal rechtsherum.“<sup>4</sup> Andere Länder schneiden marginal besser ab; um aber echte Alternativen aufzuspüren muß das Auge schon sehr weit schweifen; seit neuestem liegt das Heil, glaubt man den gewöhnlich gut informierten Kreisen, in Neuseeland.<sup>5</sup>

Wahrscheinlich aber ist der Sozialdemokratismus in den (meisten) westlichen Demokratien viel tiefer verwurzelt und eben kein bloß konjunkturelles Phänomen aus jüngerer Zeit. Er geht wohl auf zwei moderne Leitbilder des Politischen zurück: das eines sorgenden Staates und einer egalitären Demokratie. Den Hinweis auf die *staatliche* „Genealogie“ hat Foucault geliefert.<sup>6</sup> Demnach ist der neuzeitliche Staat seiner ganzen Disposition nach ein „pastorales“ Aufsichtsorgan, dessen ganzes Streben darauf geht, das Außen- wie Innenleben seiner Schutzbefohlenen umfassend zu organisieren. Diese totale Daseinsvorsorge verleiht dem „Schäfer“ absolute Macht und perfekte Kontrolle, während die „Schafe“ im Gegenzug umfassenden Schutz und wohlwollende Führung genießen. Daraus wird schließlich ein hermetisches Verhältnis wechselseitiger, wenngleich vollkommen asymmetrischer Abhängigkeit – Tocquevilles düstere Ahnung.<sup>7</sup> Aus dieser Verstrickung sich befreien hieße dann, der Logik „politischer Vernunft“ (Foucault) und damit dem *Politikgeschäft als ganzem* ein Ende zu setzen.

Die *demokratische* Quelle des Sozialdemokratismus erschließt sich, Marshalls bekannter These zufolge,<sup>8</sup> im Kontext einer historischen Abfolge „gleichmacherischer“ Operationen, denen sich moderne Gesellschaften nolens volens unterziehen mußten: Rechtsgleichheit – politische Gleichheit – soziale Gleichheit. Danach wäre das Soziale letzte Station und konsequenter Ausdruck eines Demokratisierungsmotivs, dem die Verfassung letztlich nur als Einbruch ins Reich der Verwaltung dient: von wo aus dann öffentlich umverteilt werden kann, was privat produziert worden ist (so Ernst-Wolfgang Böckenförde). Freilich, erst in einer anderen Fassung gibt diese Einsicht dann den Blick ganz frei für das, was künftig geschehen soll: Gleichheit vor dem Recht und in der Politik sind Strukturmerkmale des staatlichen Regimes, dessen *einziges* Operationsfeld, jedenfalls „wichtigste Aufgabe“<sup>9</sup> daher die asozialen Effekte der ökonomischen Sphäre wären. Eben darum eliminiert, wer soziale Eingriffe in wirtschaftliche Kreisläufe stoppen will, *Politik an sich*.

Beide Blickwinkel, der staatliche wie demokratische, führen damit zur selben Einsicht: Das Postulat, endlich „richtig“ Politik zu treiben, läuft

4 Vgl. Anm. 2.

5 Vgl. dazu S. Halimi, La Nouvelle-Zélande éprouvete du capitalisme total, in: Le Monde Diplomatique, Avril 1997, S. 10f.

6 M. Foucault, Für eine Kritik der politischen Vernunft, in: Lettre International, Sommer 1988, S. 58ff.

7 A. de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, München 1976.

8 T. H. Marshall, Bürgerrechte und soziale Klassen, Frankfurt a. M. 1992.

9 L. C. Thurow, Die Zukunft des Kapitalismus, Düsseldorf 1996.

darauf hinaus, Politik endlich abzuschaffen – zugunsten einer Hegemonie des ökonomischen Imperativs, den politische Interventionen im Namen sozialer Rücksichten nicht mehr verfälschen. *Die neue Politik ist Anti-Politik.*

Im Gefolge dieser Abstinenz müßte Geschichte rückwärts dekliniert werden: ohne *soziale Politik* hat auch die *demokratische Wahl* keinen Sinn, weshalb am Ende nichts als das *nackte Recht* übrig bliebe. Jedenfalls lassen sich genügend Indizien dafür finden, daß anti-politische Hirne so oder so ähnlich „ticken“.

Eine regressive Rhetorik hat schon immer verkündet, daß Politikverzicht gegebenenfalls in *Demokratieverzicht* münden müsse, weil einer Masse ohne „Noblesse“ nicht zugetraut werden könne, daß sie tatenlos zusehe, wie ihre „sozialen Errungenschaften“ wieder kassiert werden, während andererseits den „Besserverdienenden“ wieder zukommen soll, was ihnen qua Verdienst zusteht: „Daher“, läßt sich eine so resolute wie repräsentative Stimme vernehmen, „muß die Demokratie ihre Daseinsberechtigung verlieren, wenn sie eine natürliche Aristokratie verhindert und die Gleichheit der Möglichkeiten in einen Egalitarismus umformt, der jedem nach seinen Bedürfnissen nicht aber gemäß seinen Fähigkeiten gibt.“ So „erhebt sich die Frage, ob diese Regierungsform nicht ihre Legitimität verloren hat.“<sup>10</sup>

Sobald sich also der demokratische Souverän „sozialistisch“ geriert, sind seine Stunden gezählt. Damit es dahin gar nicht erst kommt, erwägt man eine freiheits-fremdliche Verfassungsrevision beizeiten – „um die Demokratie vor sich selbst zu schützen“: mit einer zweiten Kammer als Kontrollinstanz des Parlaments, deren Mitglieder „in einem relativ reifen Alter für ziemlich lange Perioden, wie etwa fünfzehn Jahre, gewählt werden“, ohne Möglichkeit der Wiederwahl, damit sie sich vom Massendruck befreien können, und einer einträglich-ehrentvollen Verwendung danach, die ihre Nutznießer bis ans Ende ihres Arbeitslebens pressionsgeschützt tragen würde: alles in allem ein hochattraktiver Politik-Posten, nach dem sich die „am meisten respektierten Zeitgenossen“ drängen würden. Deren hehre Aufgabe läßt sich auf den kurzen Nenner bringen: Anti-Politik oder, in den Worten des Verfassungskonstrukteurs, „die Enthronung der Politik“.<sup>11</sup>

Doch wäre diese *anti-politische* Utopie, der viele „Leistungsträger“ insgeheim anhängen, nicht auch eine *un-politische*, selbstzerstörerische Option? Oder anders gefragt: Ist das Recht *regressiv*, also abgetrennt von Wohlfahrt und Demokratie, überhaupt zu retten? Schließlich hat es von Anfang an Befürchtungen gegeben, daß eine „zivilisatorische Lücke“ existieren würde, durch die jede Rechtsordnung, ganz auf sich alleine gestellt,

10 G. Dietze, Zur Verteidigung des Eigentums, Tübingen 1978, S. 243f.

11 F. A. von Hayek, Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Bd. 3: Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen, München 1986, S. 156, 201.

unweigerlich fallen würde. Deshalb hat man schon früh nach stützenden Krücken gesucht.

Im wesentlichen sind es immer wieder drei große Kräfte gewesen, die der Rechtsidee zu gesellschaftlicher Geltung verhelfen sollten: Natur, Religion und Erziehung. Auf *Natur* als Garanten für „Schicklichkeit oder sittliche Richtigkeit“ hat gleich vielen seiner Zeitgenossen auch Adam Smith gesetzt. Es kann, diagnostiziert er, „eine Gesellschaft zwischen solchen Menschen nicht bestehen, die jederzeit bereit sind, einander wechselseitig zu verletzen und zu beleidigen. In dem Augenblick, in dem gegenseitige Schädigung beginnt, in dem Augenblick, in dem wechselseitiger Groll und Gehässigkeit platzgreifen, werden alle Bande der Gesellschaft zerbrochen und all die verschiedenen Glieder, aus denen sie bestand, werden gleichsam durch die Gewalt und den Widerstreit ihrer disharmonisierenden Gefühle zerstreut und in alle Richtungen auseinander getrieben... Darum hat die Natur, um die Beobachtung der Regeln der Gerechtigkeit zu erzwingen, der menschlichen Brust jenes Schuldgefühl eingepflanzt, jene Schrecken des Bewußtseins, Strafe zu verdienen, die der Verletzung der Gerechtigkeit folgen, damit sie die Schutzwächter der Gemeinschaft seien – die Schwachen zu schützen, die Ungestümen zu zähmen und die Schuldigen zu züchtigen.“<sup>12</sup>

Dermaßen von der Natur in Schach gehalten – oder auch, worauf z. B. David Hume mehr Wert legt, von ihr mit Hilfe des Wunsches nach sozialer Anerkennung auf die rechte Bahn gelenkt –, wird der Mensch sich vor jeder staatlichen Sanktionierung dazu bequemen wollen, das Recht als solches zu achten.

Den Vorteil der (postulierten) Natur, etwas Unveränderliches zu sein, teilt die zweite Kraft, *Religion*, nicht; sie unterliegt Einflüssen aller Art und tritt in vielfältiger Form auf, so daß immer wieder Lagen entstehen, da auf himmlische Hilfen kein Verlaß ist. Was von ihr im Idealfall zu fordern wäre, hat Rousseau auf den (heute wieder in Mode gekommenen) Begriff der Zivil- oder Bürgerreligion gebracht: „Die Dogmen der bürgerlichen Religion müssen einfach, gering an Zahl und klar ausgedrückt sein, ohne Erklärungen und Erläuterungen. Die Existenz der allmächtigen, allwissenden, wohlthätigen, vorhersehenden und sorgenden Gottheit, das zukünftige Leben, das Glück der Gerechten und die Bestrafung der Bösen sowie die Heiligkeit des Gesellschaftsvertrags und der Gesetze – das sind die positiven Dogmen.“<sup>13</sup>

Ein Glaubensbekenntnis, das diese Prinzipien in bürgerlichen Herzen und Hirnen fest verankern könnte, hätte in der Tat den unschätzbaren Vorzug, das Recht heilig sprechen zu können: jenseitige Kräfte kommen den diesseitigen Mächten zu Hilfe, wer von Gott etwas will, müßte sich dazu bequemen, dem Staat zu geben, was ihm zusteht.

---

12 A. Smith, *Theorie der ethischen Gefühle*, Hamburg 1985, S. 128f.

13 J.-J. Rousseau, *Der Gesellschaftsvertrag*, Stuttgart 1991, S. 185.

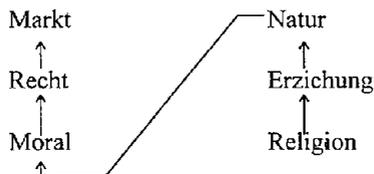
Wo die Natur als ungehobelt gilt und Gott als (bis auf weiteres) tot, gewinnt das Motiv der *Erziehung* an Gewicht. John Stuart Mill, ein Großmeister des freiheitlichen Rechtsstaats, verteidigt ebenso konsequent, wie er für liberale Verhältnisse eintritt, den Grundsatz, daß der gemeine Mensch auf diese Liberalität angemessen vorbereitet werden müsse: Gerade „in Hinsicht auf Kinder sind die mißverstandenen Ansichten über Freiheit ein wirkliches Hindernis für die Erfüllung der Pflichten des Staates...ist es nicht ein fast von selbst einleuchtender Grundsatz, daß der Staat von jedem Menschen, der als sein Bürger geboren wird, Bildung bis zu einem gewissen Standard fordern und erzwingen kann?“ Das Mittel um diesem Anliegen „Geltung zu verschaffen, könnte nur sein, öffentliche Prüfungen abzuhalten, die sich auf alle Kinder erstrecken müßten, von früher Jugend angefangen.“<sup>14</sup>

Soviel zu einem Freiheitsgefühl, das sich an die Maximen des Rechts halten, dessen Spielraum aber zugleich produktiv ausschöpfen soll und in diese „gespannte“ Façon erst gebracht werden muß, weil es von sich aus bestenfalls in „schweinsche Zufriedenheit“ (Mill) mündet.

Natur, Religion, Erziehung – über diese klassische Dreifaltigkeit ist die Zeit keineswegs hinweggegangen; tatsächlich steckt sie immer noch den Rahmen ab, in dem aktuelle Debatten stattfinden. Weiterhin beschwört man eine „gute“ Natur, deren schöne Züge freilich durch Narren oder Scharlatane unterdrückt worden seien<sup>15</sup>, Religion wird neuerdings wieder häufiger als jene starke Kraft zitiert, von der unser irdisches Heil letztlich abhängt<sup>16</sup>; öffentliche Erziehung schließlich erscheint selbst denen ein unabweisbares Desiderat, die sonst am sorgenden Staat kein gutes Haar lassen mögen<sup>17</sup>. Ohne solche Fundamente, so scheint es, bewegt sich das von Demokratie und Wohlfahrt gereinigte Regime des Rechts in einem disziplinären Vakuum mit fatalen Folgen für den ökonomischen Prozeß.

Freilich, Dramatik und Komplexität der moralischen Befestigungsarbeiten lassen sich erst abschätzen, wenn auch jene heimliche Kausalitätskette mitbedacht wird, die das Faktorenbündel verbindet. Nämlich:

Fig. 1



In Worten: Markt ist die Gesamtheit der Tauschprozesse, die sich in den Bahnen des Rechts abspielen. Damit diese Gleise des Anstands nicht ver-

14 J. S. Mill, *Über die Freiheit*, Stuttgart 1991, S. 144, 146.

15 J. Q. Wilson, *The Moral Sense*, New York 1993.

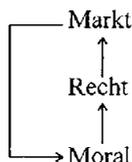
16 Vgl. Commentary, *The National Prospect*. 50th Anniversary Issue, 100/5, 1995.

17 Z.B. Ch. Murray, *Losing Ground*, New York 1984.

lassen werden, bedarf es zunächst eines Rechtsbewußtseins, das seinerseits nur dann stabil sein kann, wenn ihm eine liberale Moral Hilfestellung leistet. Deren wichtigste Eckpfeiler sind disziplinäre Tugenden wie Gesetzesgehorsam, Loyalität, Initiative, Schwung, Zielbewußtsein, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Arbeitsethik, Anpassungsfähigkeit<sup>18</sup> – ohne sie wäre nicht sichergestellt, daß Adam Smiths berühmten Metzger, Brauer und Bäcker, anstatt ihrer Profession nachzugehen, nicht einfach stehen, ja morden würden, um Hunger oder Durst zu stillen. Derartige Attitüden sind konkrete Ausformungen von Anlagen, die Menschen von Natur aus mitbringen: es existiert in uns ein „moralischer Sinn“, der anständiges Verhalten favorisiert.<sup>19</sup> Diese Stimme der Natur kann freilich übertönt werden – mit dem Effekt, daß sich, etwa unter dem Etikett des Fortschritts, perverse, jedenfalls permissive Verhaltensweisen etablieren. Darum kommt es ganz entscheidend darauf an, wie Menschen erzogen werden – die moralische Natur gilt es in einen bürgerlichen Charakter umzuformen, und dafür sei, so Amerikas einstiger Erziehungsminister William Bennett, „die Erinnerung an Gott“ keine kleine Hilfe“.<sup>20</sup> Letzte Instanz jeder Marktphilosophie wäre daher die Religion, denn „ohne Gott ist alles erlaubt“.<sup>21</sup>

Die „Demoralisierung der Gesellschaft“<sup>22</sup>, darüber sind sich ihre Beobachter einig, verdankt sich einer Epoche, in der Moral als „Zement“ durch Mitbestimmung (Demokratie) und Wohlfahrt (Sozialstaat) ersetzt worden ist. Läge es da nicht nahe, anstatt auf eine ebenso langwierige wie voraussetzungsvolle (um nicht zu sagen: unwahrscheinliche) Tugendkampagne mit Gottes Hilfe zu setzen, dem listigen Effekt des schlichten *Umkehrschlusses* zu vertrauen? Müßte nicht der Asche von Demokratie und Sozialstaat, jenem legendären Phönix gleich die moralische Gesellschaft von selbst entsteigen, einfach so? Spekulationen auf den kurzen Prozeß und eine halbierte Wende haben dann Konjunktur, wenn das aufwendige Bekehrungs-Programm mal wieder zum Verzweifeln ist: „Zerschlage den Knoten, den du nicht entwirren kannst.“<sup>23</sup> Dieses „alexandrinische“ Schema:

Fig. 2



18 Vgl. W. A. Galston, *Liberai Purposes*, Cambridge 1992.

19 J. Q. Wilson, *The Moral Sense* (Anm. 15).

20 W. J. Bennett, Statement in: *Commentary* (Anm. 16), S. 30.

21 FAZ, 10.1.1994.

22 G. Himmelfarb, *The De-Moralization of Society*, New York 1995.

23 Ch. Murray, *Losing Ground* (Anm. 17).

wird bei Herbert Giersch, „dem einflußreichsten Ökonomen der Bundesrepublik“ (DIE ZEIT), bis an seinen konsequenten (Zirkel-)Schluß getrieben: „Die Marktwirtschaft lebt von einem Kodex der Ehrenhaftigkeit und der Verlässlichkeit, den sie in einem Prozeß der zivilisatorischen Evolution selbst hervorbringt.“ Am Beginn steht das Wissen um die funktionale Notwendigkeit der (bürgerlichen) Moral: „Zum Aufstieg der westlichen Zivilisation, daran kann kein Zweifel bestehen, hat eine bestimmte Moral beigetragen: die Moral des Bürgertums, der bürgerlichen Gesellschaft. Es ist die Moral, die auch heute und in Zukunft ein positiver Standortfaktor zu sein und zu bleiben verspricht.“

Und am Ende folgt daraus das Postulat einer selbstlaufenden Reproduktion des Moralischen: „Mit der Erwartung, es werde der Wettbewerb der Standorte einen Wettbewerb der Moralsysteme mit sich bringen, verknüpfen wir die Hoffnung, es werde sich auch dieser Wettbewerb als Qualitätswettbewerb im positiven Sinne erweisen – im Sinne ethischer Prinzipien, die es verdienen, zu einem allgemeinen Gesetz erhoben zu werden.“<sup>24</sup>

Gott ist tot – es lebe die Konkurrenz! Der Wettbewerb honoriert den Anstand und eliminiert unmoralisches Verhalten – auch seine Mühlen mahlen langsam, aber trefflich klein.

Ob maximalistisch (nach Schema 1) oder minimalistisch (nach Schema 2) – beide Versionen von Anti-Politik gehen darauf aus, den Menschen wieder richtig – rechts- und marktförmig – zu konditionieren. Allenthalben hört man aus dieser Ecke den Ruf nach *Einfachheit*,<sup>25</sup> denn allein simple Reize provozieren „saubere“ Reaktionen. Klare Gesetze, strikte Nennen, feste Wahrheiten markieren tugendsame Pfade. Eine Politik der allgemeinen „Entwirrung“<sup>26</sup> soll dafür Sorge tragen, daß moderne Komplexität und postmoderner Relativismus die Bürgerhirne nicht länger verunsichern: ihnen Entschuldigungen liefern, wo Verantwortung verlangt ist, oder Spielräume vorgaukeln, wenn Vollzug ansteht.<sup>27</sup>

Das *politische Risiko* dieser Anti-Politik ist zweifach. Entweder ein Ende der Politik, „wie wir sie kennen“, zugunsten einer „formierten Gesellschaft“ im Falle, daß ihre Offensive Erfolg hat.<sup>28</sup> Wer darüber eher frohlockt, muß vor der anderen und wahrscheinlicheren Gefahr zittern: statt der neuen Ordnung mag ein „ideelles Vakuum“ entstehen, verbunden mit organisatorischen Zerfallsprozessen großen Stils, so daß „fundamentalistische, extremistische und kriminelle Elemente“ vormalis staatlich verfaßtes Terrain besetzen.<sup>29</sup>

24 H. Giersch, Moral als Standortfaktor, in: FAZ, 31.12.1994.

25 Ganz typisch: P. Kirchhof, Vereinfachung bringt Freiheit, in: FAZ, 22.5.1997.

26 Meinhard Miegel in: SZ, 20.2.1997.

27 Exemplarisch: R. J. Herrnstein/Ch. Murray, *The Bell Curve*, New York 1994.

28 Vgl. Rüdiger Altmann in: FAZ-Magazin, 25.4.1997.

29 R. Falk, *An Inquiry into the Political Economy of the World Order*, in: *New Political Economy*, 1 (1996), S. 13ff., S. 15; vgl. auch B. Barber, *Coca Cola und Heiliger Krieg*,

Solche Aussichten, jede auf ihre Art trüb, haben die Entwicklung von Gegenprojekten provoziert, deren gemeinsame Basis das Wissen ist, daß der Wohlfahrtsstaat, „so wie wir ihn kennen“ (Bill Clinton), theoretisch ausgespielt und politisch abgewirtschaftet hat. Ein kleiner Ausschnitt davon wird in den drei Schwerpunktarikeln dieses Hefts diskutiert; sie repräsentieren drei Varianten des Versuchs, brachliegende *Steuerungsreserven* locker zu machen, die weder so voraussetzungsvoll wie das maximalistische Forderungsprogramm sind, noch von der minimalistischen Hoffnung leben, es werde sich schon alles von selber richten: *Größe* (im Sinne einer Verlagerung der Kompetenzen auf umfassendere politische Einheiten), *Intelligenz* (verstanden als kluge Beschränkung auf begrenzte Potentiale) und *Energie* (soll heißen: Förderung von Basisinitiativen, die in kritischen Lagen unersetzlich sind).

*Edgar Grandes* Untersuchung steht für Anstrengungen, die den demokratischen und sozialen Staat durch eine „Maßstabsvergrößerung“ retten wollen: Interventionen, die auf nationaler Ebene hilflos geworden sind und schon deshalb nicht mehr verteidigt werden können, mögen auf europäischem Niveau exekutiert, ihre einstige Effektivität und Legitimität zurückgewinnen. Eine theoretische Alternative zu diesem Ermächtigungskonzept ist Thema der Ausführungen von *Wolfgang Bernschneider*: die „Ironisierung“ des staatlichen Anspruchs auf politische Gestaltung. Will heißen: Dem anti-politischen Selbststeuerungstrend der Ökonomie werden dadurch indirekt Grenzen gesetzt, daß man ihre gesellschaftlichen („einbettenden“) Kontexte intelligent beeinflußt. *Peter Moßmanns* Beitrag wechselt zwar die Bühne, spielt aber im selben Theater: Anti-Politik ist wie jedes Evolutionsprogramm ein globales Angebot, an ihrem Wesen sollen alle, auch und gerade „unterentwickelte“ Gesellschaften genesen – ein Postulat, das, ebenso wie sein Gegenstück, die Apologie des allzuständigen Wohlfahrtsstaats, den „energischen“ Überlebenswillen sozialer (und ökonomischer) Netzwerke vernachlässigt.

Eine weitere Vision, die gegenwärtig unter dem Etikett der „zweiten Moderne“ Karriere macht, bleibt hier ausgespart. Ihre Konturen sind noch zu verschwommen, als daß man wissen könnte, was davon zu halten sei (eine Ambivalenz, die vielleicht sogar Programm ist und gar nicht als Defekt empfunden wird). Prominente Sprecher der „zweiten Moderne“, allen voran Ulrich Beck und Anthony Giddens,<sup>30</sup> verkünden eine „erfinderische Politik“, deren individualistische Leitlinien den asozialen Prinzipien der Anti-Politik im Effekt sehr nahe kommen. Sicher, wo diese etwas altväterlich „Tugenden des ehrbaren Kaufmanns und Handwerkers“ (Giersch) beschwört, feiert jene ganz postmodern den wachen Geist „gescheiter Leute“

---

München 1996; H.-P. Martin/H. Schumann, Die Globalisierungsfalle, Reinbek b. Hamburg 1996; S. Strange, The Retreat of the State, Cambridge 1996.

30 U. Beck (Hrsg.), Kinder der Freiheit, Frankfurt a. M. 1997; A. Giddens, Jenseits von Links und Rechts (Anm. 1).

(Giddens) oder das positive *feeling* von „Kindern der Freiheit (Beck). Doch läßt sich fast mit Händen greifen, daß unter dem ungefilterten Druck ökonomischer Zwänge die Differenz auf eine „reflexive“ Extradosis an Flexibilität und Genügsamkeit zusammenschrumpft. Also: wohl eher ein Wechsel des Vorzeichens denn der Perspektive.